

Niederschrift der weiterführende Sitzung des Stadtrates am 27.09.2012

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:20 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
9.	Entscheidungsvorlagen	
9.1.	Öffentlicher Parkplatz auf dem ehemaligen Betriebshof der SWE Stadtwirtschaft GmbH Einr.: Fraktion SPD	2219/11
9.1.1.	Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Freie Wähler zur DS 2219/11 - Öffentlicher Parkplatz auf dem ehema- ligen Betriebshof der SWE Stadtwirtschaft GmbH	1433/12
9.2.	Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr Einr.: Oberbürgermeister	2369/11

9.2.1.	Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 2369/11 - Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr	0637/12
9.2.2.	Ergänzungsantrag Fraktion SPD zur DS 2369/11 - Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr	0640/12
9.2.3.	2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2369/11 - Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr	0660/12
9.4.	Finanzierung Fahrradständer Einr.: Fraktion CDU	0974/12
9.5.	Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren Einr.: Fraktion CDU	0975/12
9.5.1.	Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 0975/12 - Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren	1210/12
9.6.	Parkplatzkonzept für Fahrräder in Erfurt Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	0976/12
9.6.1.	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Parkplatzkonzept für Fahrräder in Erfurt	1867/12
9.7.	Entscheidung zum Antrag auf Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes GIK160 "Möbelhaus, Sport- und Freizeiteinrichtung Teichmannshof" Einr.: Oberbürgermeister	1030/12
9.8.	Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule Einr.: Fraktion CDU	1075/12
9.8.1.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben - Stedten zur DS 1075/12 - Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule	1370/12
9.8.2.	Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 1075/12 - Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule	1712/12
9.8.2.1.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben - Stedten zur DS 1712/12 - Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 1075/12 - Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule	1730/12

9.9.	Fahrradabstellkonzept für den Bereich des Hauptbahnhofes Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	1115/12
9.10.	Ausstattung städtischer Fahrzeuge mit der Umweltplakette - Umstellung der Fahrzeugflotte auf umweltfreundliche Fahrzeuge Einr.: Oberbürgermeister	1117/12
9.10.1.	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1117/12 - Ausstattung städtischer Fahrzeuge mit der Umweltplakette - Umstellung der Fahrzeugflotte auf umweltfreundliche Fahrzeuge	1868/12
9.10.2.	Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. - Ausstattung städtischer Fahrzeuge mit der Umweltplakette - Umstellung der Fahrzeugflotte auf umweltfreundliche Fahrzeuge	1870/12
9.11.	8. Internationales Folklorefestival "Danetzare" vom 11. bis 15. Juli 2013 Einr.: Oberbürgermeister	1118/12
9.12.	Kooperationsvereinbarung Sozialamt-Jobcenter-Mieterbund Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1135/12
9.14.	Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege - Zeitraum 2012/2013 Einr.: Oberbürgermeister	1169/12
9.14.1.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz zur DS 1169/12 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege - Zeitraum 2012/2013	1724/12
9.14.2.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Wiesenhügel zur Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege - Zeitraum 2012/2013	1793/12
9.14.3.	Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeisterin Salomonsborn zur DS 1169/12 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege - Zeitraum 2012/2013	1794/12

9.15.	Umsetzungskonzept für Sanierungsziele im Quartier Arche Einr.: Fraktion SPD und Fraktion CDU	1211/12
9.16.	Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken Einr.: Oberbürgermeister	1313/12
9.17.	Benennung eines Stellvertreters des Gestaltungsbeiratsmitgliedes aus dem Bau- und Verkehrsausschuss Einr.: Oberbürgermeister	1344/12
9.18.	Varianten für Sanierung Stadtparktreppe Einr.: Fraktion SPD	1358/12
9.18.1.	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1358/12 - Varianten für Sanierung Stadtparktreppe	1480/12
9.19.	2. Änderung der Tarifordnung der Eintrittspreise der kulturellen Einrichtungen der Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung - KultEinrTarifOEF Einr.: Oberbürgermeister	1390/12
9.19.1.	Nachfrage von Frau Hoyer aus der Sitzung FLRV vom 19.09.2012 - TOP 5.7. 2. Änderung der Tarifordnung der Eintrittspreise der kulturellen Einrichtungen der Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung - KultEinrTarifOEF (DS 1390/12)	1836/12
9.20.	Gemeinsame Vereinbarung zur Finanzierung des Theaters Erfurt für die Jahre 2013 - 2016 Einr.: Oberbürgermeister	1407/12
9.20.1.	Nachfragen zur Drucksache 1407/12 - Prüfung der Anteilsfinanzierung	1826/12
9.22.	Jahresrechnung 2011 Einr.: Oberbürgermeister	1454/12
9.23.	Bebauungsplan ANV644 "Albrechtstraße - Bergstraße"; Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	1521/12

9.24.	Öffnungszeiten der Museen und Einrichtungen der Kulturdirektion ab 01.01.2013 Einr.: Oberbürgermeister	1540/12
9.27.	Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. (SSB) zur Übungsleiterförderung 2012 in den Erfurter Sportvereinen Einr.: Oberbürgermeister	1631/12
9.28.	Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. zur Kinder- und Jugendförderung 2012 in den Erfurter Sportvereinen Einr.: Oberbürgermeister	1635/12
9.29.	Mandatswechsel im Ausschuss Bau und Verkehr Einr.: Fraktion FDP	1644/12
9.30.	Mehr Demokratie in Kommunen unterstützen Einr.: Fraktion SPD	1655/12
9.31.	Akteneinsichtsberechtigung Dezernat 01 und Dezernat 06 Einr.: Fraktion CDU	1720/12
9.32.	Direkte Demokratie in Kommunen ausbauen, Ratsbegehren und Alternativvorschlag einführen! Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1753/12
9.32.1.	Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS 1753/12 - Direkte Demokratie in Kommunen ausbauen, Ratsbegehren und Alternativvorschlag einführen!	1865/12
9.33.	Erneute Öffnung des ehemaligen Jugendhauses "Urne" für den Ortsteilverein sowie Prüfung einer generationsübergreifenden Nutzung Einr.: Fraktion SPD und Fraktion DIE LINKE.	1760/12
9.33.1.	Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und SPD zur DS 1760/12 - Erneute Öffnung des ehemaligen Jugendhauses "Urne" für den Ortsteilverein sowie Prüfung einer generationsübergreifenden Nutzung	1875/12
9.34.	Feldwegebenutzungssatzung Einr.: Fraktion SPD	1768/12

9.36.	Änderung der Stellvertretungsregelung SPD- Fraktion Einr.: Fraktion SPD	1773/12
9.37.	Verwaltungsgebühren für Ortsteilveranstaltungen reduzieren Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1775/12
9.37.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS 1775/12 - Verwaltungsgebühren für Ortsteilveranstaltungen reduzieren	1866/12
10.	Informationen	
10.1.	Abschlussbericht zum Konjunkturprogramm II Einr.: Oberbürgermeister	0971/12
10.2.	Information zur Satzung zur Erhebung der Kulturförderabgabe der Stadt Erfurt nach Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung zu den Satzungen der Städte Bingen und Trier vom 11.07.2012 Einr.: Oberbürgermeister	1681/12
10.3.	Inhalt und Auswirkungen der Haushaltssperre Ortsteile Einr.: Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE.	1859/12
10.4.	Sonstige Informationen	

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales Bildung und Kultur, eröffnete in Vertretung des Oberbürgermeisters die weiterführende öffentliche Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sie übergab sodann die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch den Bereich Oberbürgermeister, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob auf Grund dieser Mitteilung ein Stadratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht.

Widerspruch gegen die Aufzeichnung erhob sich nicht.

Darüber hinaus teilte sie mit, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 24.11.2009 und am 28.02.2012 die Zustimmung erteilt hat, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bzw. die Fraktion Freie Wähler für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mit-schneiden dürfen.

Im Anschluss wurde die form- und fristgemäße Einladung nach § 35 (2) ThürKO sowie die Anwesenheit - zu diesem Zeitpunkt waren 27 Mitglieder des Stadtrates anwesend - und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO festgestellt.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Folgende Änderungen zur Tagesordnung lagen vor:

a) vertagt werden auf Antrag des Einreichers:

TOP 9.4 - Drucksache 0974/12

Finanzierung Fahrradständer

Einr.: Fraktion CDU

TOP 9.5 - Drucksache 0975/12

Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren

Einr.: Fraktion CDU

TOP 9.8 - Drucksache 1075/12

Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule

Einr.: Fraktion CDU

TOP 9.15 - Drucksache 1211/12

Umsetzungskonzept für Sanierungsziele im Quartier Arche

Einr.: Fraktion SPD und Fraktion CDU

Weitere Anträge wurden nicht gestellt.

Gegen die genannten Änderungen zur Tagesordnung erhob sich kein Widerspruch.

9. Entscheidungsvorlagen

- 9.1. **Öffentlicher Parkplatz auf dem ehemaligen Betriebshof der SWE Stadtwirtschaft GmbH** 2219/11
Einr.: Fraktion SPD

Es wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 09.08.2012 nicht abgestimmt, da der Antrag (Drucksache 1433/12) angenommen wurde.

Es liegt weiterhin ein Antrag der Fraktionen SPD und Freie Wähler mit Drucksache 1433/12 vor.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat den Antrag (Drucksache 1433/12) in seiner Sitzung am 09.08.2012 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit wurde die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion SPD und Freie Wähler (Drucksache 1433/12) zur Abstimmung aufgerufen.

mit Änderungen beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit der SWE Parken GmbH eine Konzeption zur Umsetzung einer Parkplatzkonzeption "Parken auf Flächen der ehem. Wäscherei", Liebknechtstraße 20 (dem Nachbargelände des ehem. Betriebshofes der Stadtwirtschaft, Liebknechtstr.) zu erarbeiten. Ziel ist zunächst befristet auf 3 Jahren einfach hergerichtete PKW-Parkflächen zur Vermietung an Dritte anzubieten.

02

Die Parkplatzkonzeption ist dem Ausschuss für Bau und Verkehr in der Novembersitzung 2012 vorzulegen.

03

Das in der Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 0108/12 vorgeschlagene Konzept des innerstädtischen Wohnens wird begrüßt. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Planungsmittel in Höhe von 15.000 € in den Haushaltsentwurf 2013 einzuarbeiten.

04

Den Ausschüssen für Bau und Verkehr und Stadtentwicklung und Umwelt sind bis zur Novembersitzung 2013 unaufgefordert die Fortschreibung der Konzeption innerstädtischen Wohnens aus Punkt 3, einschließlich der evtl. Zwischennutzungsschritte, vorzustellen.

**9.1.1. Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Freie Wähler 1433/12
zur DS 2219/11 - Öffentlicher Parkplatz auf dem ehema-
ligen Betriebshof der SWE Stadtwirtschaft GmbH**

bestätigt

**9.2. Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr 2369/11
Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde Folgendes bekannt gegeben:

Die Drucksache wurde inkl. aller Änderungsanträge im der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 06.09.2012 vertagt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat in seiner Sitzung am 11.09.2012 die

Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion SPD (Drucksache 0640/12) mit einer Änderung wie folgt votiert:
bestätigt mit Änderungen Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0.

BP 01:

Die Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr wird als Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln zur Kenntnis genommen.

BP 02:

Sobald die Ergebnisse ~~des Workshops~~ zum Verkehrsentwicklungsplan -Teilkonzept Radverkehr- vorliegen, ist der Maßnahmeplan Radverkehr anzupassen.

Es liegt weiterhin ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0637/12 vor.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat in seiner Sitzung am 11.09.2012 zu diesem kein Votum abgegeben.

Zudem liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0660/12 vor.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat zu diesem in seiner Sitzung am 11.09.2012 kein Votum abgegeben.

Zu allen Änderungsanträgen liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

An der Diskussion beteiligten sich:

- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intension des Antrages. Er sprach sich für die Zustimmung des Antrages der Fraktion SPD aus und bat sogleich um allgemeine Zustimmung.
- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., stimmte seinem Vorredner zu und warb um Zustimmung dieser Vorlage.
- Herr Metz, Fraktion SPD, sprach sich für eine Abstimmung des Antrages in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt aus.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, unterstützte die Aussage seines Vorredners.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Zum Abstimmungsverfahren teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass zuerst über den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 0637/12), welcher die Drucksache ergänzt, abgestimmt wird. Anschließend steht der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0660/12), welcher die dann ergänzte Ausgangsdrucksache weiter ergänzen würde, zur Abstimmung. Darauf folgt die Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt mit den Ergänzungen.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Demzufolge ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst über den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 0637/12) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 25
Enthaltungen: 1

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Sodann rief sie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0660/12) zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 25
Enthaltungen: 0

Damit ebenfalls abgelehnt.

Nun folgte die Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Die Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr wird als Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln zur Kenntnis genommen.

02

Sobald die Ergebnisse zum Verkehrsentwicklungsplan -Teilkonzept Radverkehr- vorliegen, ist der Maßnahmeplan Radverkehr anzupassen.

Hinweis:

Die Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr wird der Niederschrift als Anlage 12 beigelegt.

9.2.1. Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 2369/11 - Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr 0637/12

abgelehnt Ja 2 Nein 25 Enthaltung 1 Befangen 0

9.2.2. Ergänzungsantrag Fraktion SPD zur DS 2369/11 - Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr 0640/12

sierung des Maßnahmeplans Radverkehr

bestätigt mit Änderungen

9.2.3. 2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2369/11 - Aktualisierung des Maßnahmeplans Radverkehr 0660/12

abgelehnt Ja 3 Nein 25 Enthaltung 0 Befangen 0

9.4. Finanzierung Fahrradständer
Einr.: Fraktion CDU 0974/12

vertagt

9.5. Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren
Einr.: Fraktion CDU 0975/12

vertagt

Bevor die Stadtratsvorsitzende den nächsten Tagesordnungspunkt aufrief, gratulierte sie dem Stadtratsmitglied, Herrn Torsten Frenzel, zum Geburtstag.

9.5.1. Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 0975/12 - Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren 1210/12

vertagt

9.6. Parkplatzkonzept für Fahrräder in Erfurt
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN 0976/12

Die Stadtratsvorsitzende informierte darüber, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosem Stadtratsmitglied vorliegt.

Weiterhin gab sie bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss in seiner Sitzung 06.09.2012 die Drucksache vertagt hat.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 11.09.2012 abgelehnt (Ja 1 Nein 7 Enthaltung 2 Befangen 0).

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1867/12 vor.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intension des Antrages und bat um Zustimmung. Zudem wies er daraufhin, dass der Punkt 06 des Antrages gestrichen werden soll.
- Herr Metz, Fraktion SPD, stellte seine Ansicht dar und wies darauf hin, dass bei öffentlichen Baumaßnahmen bereits sehr auf die Bereitstellung von Fahrradstellplätzen geachtet wird und dies auch im privaten Bereich zunehmend an Bedeutung gewinnt und umgesetzt wird. Daher halte seine Fraktion den Antrag für entbehrlich.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, stimmte seinem Vorredner zu und äußerte jedoch sein Unverständnis in Bezug darauf, dass in dem zweiten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ortsteile außen vor gelassen wurden und sich dieses Konzept nur noch auf die Innenstadt beziehe. Laut der Stellungnahme der Verwaltung werden die Fahrradstellplätze im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) schon mit eingeplant und daher werde seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.
- Herr Meier, antwortete auf die Aussagen seines Vorredners sich bewusst auf die Innenstadt beschränkt zu haben, um Kosten zu sparen, da der Bedarf hier am größten sei. Außerdem ist nach seinem Kenntnisstand im VEP-Teil Radverkehr das Parkplatzkonzept nicht mit integriert.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf die eigentliche Idee des Antrages, welche im Hinblick auf die Zukunft hauptsächlich ist, das Problem zu ordnen. Daher bat er um Zustimmung.
- Herr Stampf, widersprach seinen Vorrednern in Bezug darauf, dass in den Ortsteilen die Notwendigkeit von Fahrradstellplätzen nicht so sehr gegeben sei.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, fragte den Einreicher wo dies noch hinführen solle. Seiner Meinung nach sollten Fahrräder weiterhin frei abgestellt werden können. Er wird somit dem Antrag nicht zustimmen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ohne Beschlusspunkt 06 zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 14 Nein 10 Enthaltung 2 Befangen 0

01

Die Stadtverwaltung wird beauftragt für die Erfurter Innenstadt eine Bestandsaufnahme von Fahrradabstellmöglichkeiten, inklusive Aussagen zur Lage und Qualität der vorhandenen Anlagen vorzunehmen.

02

Auf Grundlage der Bestandsaufnahme ist ein Fahrradstellplatzkonzept für Erfurt zu erstellen. Dieses hat das Ziel ein flächendeckendes, bedarfsorientiertes Angebot an Abstellmöglichkeiten für Fahrräder gewährleisten zu können.

03

Bei der Konzepterstellung wie bei der Umsetzung des Konzeptes sind die betroffenen Akteure, insbesondere die Radverkehrsverbände (ADFC, VCD), Wohnungswirtschaft, Einzelhandel und Behindertenverbände einzubeziehen.

04 Das Fahrradstellplatzkonzept ist mit Umsetzungszeiträumen und Finanzierung zu hinterlegen und regelmäßig fortzuschreiben.

9.6.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1867/12
- Parkplatzkonzept für Fahrräder in Erfurt

bestätigt

9.7. Entscheidung zum Antrag auf Änderung des vorhabenbe- **1030/12**
zogenen Bebauungsplanes GIK160 "Möbelhaus, Sport-
und Freizeiteinrichtung Teichmannshof"
Einr.: Oberbürgermeister

Folgende Voten wurden bekannt gegeben:

Der Ortsteilrat Gispersleben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 03.09.2012 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 11.09.2012 bestätigt (Ja 9 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit wurde die Drucksache 1030/12 zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 28 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Dem Antrag auf Änderung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 15.03. 2012 für das Vorhaben „Möbelhaus, Sport- und Freizeiteinrichtung Teichmannshof" wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes soll eingeleitet werden.

02

Für den Ortsteil Gispersleben-Kiliani, nördlich der Straße der Nationen, östlich der Lobensteiner Straße und westlich der Apoldaer Straße soll gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB der Vorhabenbezogene Bebauungsplan GIK160 "Möbelhaus, Sport- und Freizeiteinrichtung Teichmannshof" geändert werden.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umnutzung des bestehenden Sport- und Freizeitparks in einem Teilbereich von 930 m² in einen nicht-zentrenrelevanten Raumaustatter-Fachmarkt mit 800 m² Verkaufsfläche

03

Die Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1, Nr. 1 BauGB verzichtet.

04

Der Einleitungs- und Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller (Vorhabenträger) den erforderlichen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB zur Vorbereitung und Durchführung dieses Bebauungsplanverfahrens abzuschließen.

9.8. Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule 1075/12
Einr.: Fraktion CDU

vertagt

9.8.1. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben - 1370/12
Stedten zur DS 1075/12 - Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule

vertagt

9.8.2. Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 1075/12 - Er- 1712/12
weiterung des Schulstandortes Waldorfschule

vertagt

9.8.2.1. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben - 1730/12
Stedten zur DS 1712/12 - Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 1075/12 - Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule

vertagt

9.9. Fahrradabstellkonzept für den Bereich des Hauptbahnhofes Erfurt 1115/12
Einr.: Oberbürgermeister

Folgendes wurde bekannt gegeben:

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 06.09.2012

bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 11.09.2012 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache 1115/12 zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Das Fahrradabstellkonzept für den Bereich des Hauptbahnhofes Erfurt (Anlage 1 und 2) wird als Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln zur Kenntnis genommen.

02

Die Durchführung der unter Stufe 1 genannten Maßnahmen zur Erweiterung der Fahrradabstellplätze wird bestätigt.

03

Die unter den Dringlichkeitsstufen 2 und 3 genannten Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses werden der Niederschrift als Anlage 5 a-b beigelegt.

9.10. Ausstattung städtischer Fahrzeuge mit der Umweltplakette - Umstellung der Fahrzeugflotte auf umweltfreundliche Fahrzeuge 1117/12
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab Folgendes bekannt:

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 19.09.2012 bestätigt (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1868/12 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 1870/12 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion und berichtete den ersten Satz des Antrages, es solle nicht "elektronisch" sondern "elektrisch betriebene Fahrzeuge" lauten. Ziel des Antrages sei es, die Verwaltung nochmals um Prüfung der Möglichkeiten zur E-Mobilität aufzufordern. Er bat zudem um Zustimmung und sprach sich seitens seiner Fraktion zur Zustimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. aus.

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., schilderte den Inhalt des Antrages seiner Fraktion und betonte die Wichtigkeit der Thematik.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss die Stadtratsvorsitzende die Aussprache.

Sie rief daraufhin die vorliegenden Anträge zur Abstimmung auf. Zunächst lies sie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1868/12), welcher die Drucksache 1117/12 ergänzt, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	6

Somit bestätigt.

Danach lies sie den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 1870/12), welcher ebenfalls die Drucksache 1117/12 ergänzt, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	5

Damit bestätigt.

Anschließend rief sie die ergänzte Drucksache 1117/12 zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

01

Nach Schaffung der haushalterischen Voraussetzungen wird die Fahrzeugflotte der Stadtverwaltung bis zum Jahr 2017 auf umweltfreundliche Fahrzeuge umgestellt.

02

In diesem Zusammenhang prüft die Stadtverwaltung die verstärkte Nutzung von E-Mobilen in Höhe von 15 Prozent des Gesamtbestandes an Fahrzeugen in den nächsten 10 Jahren.

Die Ergebnisse der Prüfung sind bis zur Stadtratssitzung Ende November den Mitgliedern desselben vorzulegen, inklusive der begründeten Vorschläge der Verwaltung.

03

Vor der Neuanschaffung der 12 Multicars ist ein Wechsel zu elektrischen Fahrzeugmodellen zu prüfen. Dabei sind der Anschaffungspreis, die CO2 Bilanz sowie die Nutzungskosten einer herkömmlichen kraftstoffbetriebenen Fahrzeugvariante gegenüberzustellen. Die Prüfergebnisse werden dem Finanzausschuss vorgestellt.

04

Über die Umsetzung ist dem Stadtrat jährlich zu berichten.

**9.10.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1868/12
zur DS 1117/12 - Ausstattung städtischer Fahrzeuge mit
der Umweltplakette - Umstellung der Fahrzeugflotte auf
umweltfreundliche Fahrzeuge**

bestätigt mit Änderungen Ja 18 Nein 3 Enthaltung 6 Befangen 0

**9.10.2. Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. - Ausstattung 1870/12
städtischer Fahrzeuge mit der Umweltplakette - Umstel-
lung der Fahrzeugflotte auf umweltfreundliche Fahrzeu-
ge**

bestätigt Ja 20 Nein 2 Enthaltung 5 Befangen 0

**9.11. 8. Internationales Folklorefestival "Danetzare" vom 11. 1118/12
bis 15. Juli 2013
Einr.: Oberbürgermeister**

Folgende Voten wurden bekannt gegeben.

Der Kulturausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 13.09.2012 bestätigt (Ja 7
Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die
Drucksache in seiner Sitzung am 19.09.2012 bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen
0).

Es lagen keine Wortmeldungen vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Stadtrat beschließt die Durchführung des 8. Internationalen Folklorefestivals "Danetz-are" vom 11. bis 15. Juli 2013 in der Landeshauptstadt Erfurt.

02

Vorbehaltlich des Haushaltsplanes 2013 wird die finanzielle Unterstützung des Projektes durch einen städtischen Zuschuss in Höhe von 60.000 EUR bestätigt.

**9.12. Kooperationsvereinbarung Sozialamt-Jobcenter-
Mieterbund 1135/12
Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung hat die Drucksache in seiner Sitzung am 05.09.2012 abgelehnt (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 1).

Herr Warnecke erklärte im Vorfeld seine Befangenheit, war jedoch zur Sitzung nicht anwesend.

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des Antrages und die Notwendigkeit einer Kooperationsvereinbarung in Erfurt. Seine Fraktion wolle den Antrag in dem Sinne ändern, dass es eine "entsprechend der im Anhang dargestellten Musterkooperationsvereinbarung" geben könne. Er warb um Zustimmung.

Herr Möller, Fraktion SPD, wies daraufhin, dass im Fachausschuss keine eindeutige Klärung erfolgen konnte in welche Richtung die Fragestellung des Antrages genau gehen solle. Er sprach sich für eine allgemeine Behandlung der Thematik im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung aus, welche so mit diesem vorliegenden Antrag nicht erfolgen könne. Demzufolge werde seitens seiner Fraktion der Antrag abgelehnt.

Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, fragte den Einreicher, ob es noch mehrere Vertreter von Mietern gibt oder nur den Mieterbund/Mieterverein. Seiner Meinung nach müsste dann entsprechend ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt werden.

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., beantwortete als Einreicher die Nachfragen. Nach Kenntnis seiner Fraktion gibt es in Erfurt nur den einen Verein, den Mieterbund.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

abgelehnt Ja 5 Nein 19 Enthaltung 4 Befangen 0

9.14. Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege - Zeitraum 2012/2013
Einr.: Oberbürgermeister

1169/12

Durch die Stadtratsvorsitzende wurde Folgendes bekannt gegeben.

Alle Ortsteile bestätigten die Drucksache oder nahmen diese zur Kenntnis, außer:

Ortsteilrat Büßleben (05.09.2012)
Ortsteilrat nicht beschlussfähig

Ortsteilrat Moskauer Platz (03.09.2012)
bestätigt mit Änderungen (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0)
Es liegt ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz mit Drucksache 1724/12 vor.

Ortsteilrat Sulzer Siedlung (04.09.2012)
kein Votum
Da es in der Sulzer Siedlung keine Kindertageseinrichtung gibt, möchte der Ortsteilrat keine Stellungnahme abgeben.

Ortsteilrat Wiesenhügel (13.09.2012)
bestätigt mit Änderungen (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0)
Es liegt ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Wiesenhügel mit Drucksache 1793/12 vor.

Ortsteilrat Salomonsborn (13.09.2012)
bestätigt mit Änderungen (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0)
Es liegt ein Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Salomonsborn mit Drucksache 1794/12 vor.

Jugendhilfeausschuss (20.09.2012)
bestätigt mit Änderungen (Ja 10 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0)
Die Abstimmung erfolgte mit redaktioneller Änderung in der Anlage auf Seite 21, fünfter Absatz:

.....

Im Dezember ~~2010~~ 2011 nahmen 41,92% der in Erfurt.....

(Siehe auch Schreiben LBOB vom 18.09.2012, Journal 111)

Antrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz (Drucksache 1724/12)
Jugendhilfeausschuss (20.09.2012)
abgelehnt (Ja 0 Nein 4 Enthaltung 8 Befangen 1)

Antrag des Ortsteilbürgermeisters Wiesenhügel (Drucksache 1793/12)
Jugendhilfeausschuss (20.09.2012)
abgelehnt (Ja 0 Nein 4 Enthaltung 6 Befangen 0)

Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Salomonsborn (Drucksache 1794/12)
Jugendhilfeausschuss (20.09.2012)
abgelehnt (Ja 2 Nein 6 Enthaltung 5 Befangen 0)

Zu allen Änderungsanträgen liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Vor der Abstimmung kündigte Herr Metz seine Befangenheit an.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit verlas die Stadtratsvorsitzende den Abstimmungs-vorschlag. Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz (Drucksache 1724/12), danach über den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Wiesenhügel (Drucksache 1793/12) und anschließend wird der Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Salomonsborn (Drucksache 1794/12) abgestimmt. Daraufhin folgt schließlich die Abstimmung über die Drucksache mit der redaktionellen Änderung.

Sie ließ über den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz (Drucksache 1724/12) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	17
Enthaltung:	4
Befangen:	1

Damit abgelehnt.

Weiterhin ließ sie über den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Wiesenhügel (Drucksache 1793/12) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	17
Enthaltung:	5
Befangen:	1

Somit abgelehnt.

Daraufhin ließ sie über den Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Salomonsborn (Drucksache 1794/12) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 18
Enthaltung: 4
Befangen: 1

Damit ebenfalls abgelehnt.

Abschließend rief sie die Drucksache mit redaktioneller Änderung zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 5
Befangen: 1

Somit beschlossen.

Im Anschluss erklärte Herr Möller sein Abstimmungsverhalten in Bezug auf die Änderungsanträge der Ortsteilbürgermeister und informierte als Vorsitzender des Jugendhilfeausschuss:

"Wir sind beim Thema mittelfristige, langfristige Planung von Kitas in Erfurt dran und auch bei der Überarbeitung des Sanierungskonzeptes und auch bei der Überarbeitung des Instandhaltungskonzeptes. Dementsprechend ist es schwierig auf einzelne konkrete Dinge hier einzugehen von einzelnen Ortsteilbürgermeistern und -bürgermeisterinnen, sondern das müssen wir im Gesamtkonzept der Stadt begutachten. Das werden wir im nächsten halben Jahr tun und ich denke da gibt es dann weitere Informationen und auch die Intensionen der Ortsteilbürgermeister werden da aufgenommen. Vielen Dank."

mit Änderungen beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 1

01

Der Bedarfsplan Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege in der Stadt Erfurt für den Zeitraum vom 01.09.2012 bis zum 31.08.2013 wird bestätigt.

02

Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung aller sich aus dem Bedarfsplan ergebenden Maßnahmen und Konsequenzen beauftragt.

Hinweis:

Der Bedarfsplan als Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.

9.14.1. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz zur DS 1169/12 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege - Zeitraum 2012/2013 1724/12

abgelehnt Ja 6 Nein 17 Enthaltung 4 Befangen 1

9.14.2. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Wiesenhügel zur Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege - Zeitraum 2012/2013 1793/12

abgelehnt Ja 5 Nein 17 Enthaltung 5 Befangen 1

9.14.3. Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeisterin Salomonsborn zur DS 1169/12 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege - Zeitraum 2012/2013 1794/12

abgelehnt Ja 5 Nein 18 Enthaltung 4 Befangen 1

9.15. Umsetzungskonzept für Sanierungsziele im Quartier Arche
Einr.: Fraktion SPD und Fraktion CDU 1211/12

vertagt

9.16. Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken
Einr.: Oberbürgermeister 1313/12

Folgende Voten wurden bekannt gegeben.

Der Ortsteilrat Möbisburg-Rhoda hat die Drucksache in seiner Sitzung am 03.09.2012 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ortsteilrat Kerspleben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 11.09.2012 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0).

Der Ortsteilrat Wiesenhügel hat die Drucksache in seiner Sitzung am 13.09.2012 bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 19.09.2012 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache 1313/12 zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Stadtrat stimmt der öffentlichen Ausschreibung der in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke sowie der Veräußerung dieser Grundstücke mindestens zum Verkehrswert zu und erklärt die Belastungsvollmacht für noch aufzunehmende Grundschulden zur Finanzierung der Kaufpreise und der Investitionen für diese Grundstücke. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung von Erbbaurechten mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die im Beschlusspunkt 01 genannten Festlegungen umzusetzen.

03

Der Beschlusspunkt 03 des Stadtratsbeschlusses Nr. 1680/09 wird einschließlich der lfd. Nr. 6 der Anlage (Ginsterweg 3, ehem. Turnhalle) aufgehoben.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

9.17. Benennung eines Stellvertreters des Gestaltungsbeiratsmitgliedes aus dem Bau- und Verkehrsausschuss 1344/12
Eintr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratvorsitzende gab Folgendes bekannt.

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 09.08.2012 bestätigt mit Änderungen (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

geänderter Beschlusswortlaut:

Als stellvertretendes Mitglied des Gestaltungsbeirates aus dem Bau- und Verkehrsausschuss wird Hr. Dr. Reinhard Duddek berufen.

Wortmeldungen lagen nicht vor (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache 1344/12 in Fassung des Bau- und Verkehrsausschusses zur Abstimmung aufgerufen.

mit Änderungen beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Als stellvertretendes Mitglied des Gestaltungsbeirates aus dem Bau- und Verkehrsausschuss wird Hr. Dr. Reinhard Duddek berufen.

9.18. Varianten für Sanierung Stadtparktreppe
Einr.: Fraktion SPD

1358/12

Durch die Stadtratsvorsitzende wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat zur Drucksache in seiner Sitzung am 06.09.2012 kein Votum abgegeben.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in der Sitzung am 11.09.2012 als erledigt betrachtet wegen Annahme Antrag.

Es liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 1480/12 vor.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 06.09.2012 bestätigt (Ja 6 Nein 3 Enthaltung 2 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 11.09.2012 ebenfalls bestätigt (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0).

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Metz, Fraktion SPD, stimmte der Notwendigkeit der Sanierung zu, wies jedoch darauf hin, dass seine Fraktion bezüglich der Finanzierung derzeit die Prioritäten anderweitig setze. Im Namen seiner Fraktion zog er den vorliegenden Antrag zurück und sprach sich für eine Zustimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. aus.
- Herr Phlak, Fraktion DIE LINKE., stimmte seinem Vorredner zu und beantragte den Beschlusspunkt 01 aus dem Antrag der Fraktion SPD zu übernehmen. An diesen sollen die Punkte des Antrages seiner Fraktion als Beschlusspunkte 02 und 03 anknüpfen.
- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, äußerte seine Meinung zur Thematik.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, erläuterte die Beschlusspunkte beider Anträge und hinterfragte deren Zusammenfügung in einen Antrag.
- Herr Phlak, ging auf seinen Vorredner ein und blieb bei seiner vorherigen Aussage.
- Herr Prof. Dr. Thumfarth, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schlug die Änderung des Wortlautes von "die bestehenden Planungen" in "die Planungen" vor um jeglichen Widerspruch vorzubeugen.
- Herr Staufenbiel, Fraktion CDU, wies darauf hin, dass der Termin laut Antrag - September 2012 - etwas knapp wäre und dieser eventuell geändert werden müsste.
- Herr Mlejnek, Beigeordneter für Bau und Verkehr, erläuterte den derzeitigen Planungsstand. Weiterhin machte er deutlich, dass für diese Vorschläge laut Antrag zunächst 15.000 Euro notwendig wären um entsprechende Angebote einholen zu können.

- Frau Pelke, Stadtratsvorsitzende, fasste die Beschlusspunkte zu einem Antrag zusammen.
- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. bereits im Bau- und Verkehrsausschuss bestätigt wurde, da eben eine Ausgabe von 15.000 Euro nicht gewollt sei.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, stimmte seinem Vorredner zu.
- Herr Schwarz, Amtsleiter des Garten- und Friedhofamtes, machte zunächst deutlich, dass die Planungen, die bis jetzt gemacht wurden lediglich die Sanierung darstellen und dies somit bereits eine LowCost Variante sei. Zudem handelt es sich hierbei um Spezialaufgaben, für welche ein Ingenieurbüro beauftragt wurde. Seiner Meinung nach wäre die Abgabe der Aufgaben an Mitarbeiter des Bauamtes nicht sinnvoll, da auch diese sich zunächst Spezialwissen aneignen müssten. Er hielt daher die Handhabung wie bisher für sinnvoll.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Die Stadtratsvorsitzende erläuterte daraufhin den zusammengeführten Antrag. Dieser besteht aus dem Antrag der Fraktion SPD, welcher die Beschlusspunkte des Antrages der Fraktion DIE LINKE. übernimmt. Die Drucksache wird durch diesen ersetzt.

Somit lies sie über den um Beschlusspunkt 02 und 03 ergänzten Antrag der Fraktion SPD abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	8
Enthaltung:	2

Damit beschlossen.

Anschließend wies sie nochmals daraufhin, dass mit diesem neu beschlossenen Antrag die Ausgangsdrucksache ersetzt wurde.

mit Änderungen beschlossen Ja 18 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verwaltung aufzufordern, 3 Varianten für die Sanierung der Stadtparktreppe vorzulegen:

Variante 1: Low Cost Variante

Variante 2: Sanierung ohne erhebliche Kosten für Unterbau

Variante 3: Maximalsanierung.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. die Planungen und den aktuellen Planungsstand zur Sanierung der Stadtparktreppe im Oktober 2012 den Anwohnern des Stadtparks und allen anderen Interessierten in einer öffentlicher Veranstaltung vorzustellen;
2. die Ausschüsse Stadtentwicklung und Umwelt und Ausschuss für Bau und Verkehr von der Verwaltung regelmäßig über den Fortschritt der Planung und deren Umsetzung informieren zu lassen.

9.18.1. **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1358/12 1480/12**
 - Varianten für Sanierung Stadtparktreppe

bestätigt

9.19. **2. Änderung der Tarifordnung der Eintrittspreise der kul- 1390/12**
 turellen Einrichtungen der Landeshauptstadt Erfurt,
 Stadtverwaltung - KultEinrTarifOEF
 Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab Folgendes bekannt.

Der Kulturausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 13.09.2012 mit Änderungen bestätigt (Ja 6 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0)

Mit folgender Ergänzung im Beschlusswortlaut bestätigt:

Beschlusspunkt 03:

Anfang 2014 erfolgt durch die Kulturdirektion eine Auswertung der Einnahmen, der in dieser Drucksache bezeichneten Einrichtungen, im Kulturausschuss.

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 19.09.2012 mit Änderungen bestätigt (Ja 7 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0).

Abstimmung in Fassung des Kulturausschusses.

und Festlegung (Drucksache 1836/12)

Die Beantwortung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Zudem gibt es einen angekündigten Verweisungsantrag in den Kulturausschuss der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zog den Verweisungsantrag seiner Fraktion in der Sitzung zurück.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache in Fassung des Kulturausschusses abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 24 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Der Stadtrat beschließt die 2. Änderung der Tarifordnung der Eintrittspreise der kulturellen Einrichtungen der Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung - KultEinrTarifOEF (DS 1390/12), gemäß der Anlage 1.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Änderung der Tarifordnung im Amtsblatt zu veröffentlichen.

03

Anfang 2014 erfolgt durch die Kulturdirektion eine Auswertung der Einnahmen, der in dieser Drucksache bezeichneten Einrichtungen, im Kulturausschuss.

Hinweis

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

9.19.1. Nachfrage von Frau Hoyer aus der Sitzung FLRV vom 19.09.2012 - TOP 5.7. 2. Änderung der Tarifordnung der Eintrittspreise der kulturellen Einrichtungen der Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung - KultEinrTarifOEF (DS 1390/12) 1836/12

zur Kenntnis genommen

9.20. Gemeinsame Vereinbarung zur Finanzierung des Theaters Erfurt für die Jahre 2013 - 2016 1407/12
Einr.: Oberbürgermeister

Folgende Voten wurden bekannt gegeben.

Der Kulturausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 13.09.2012 mit der Festlegung (DS 1826/12) bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Die Beantwortung der Festlegung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosem Mitglied vor.

Der Werkausschuss Theater Erfurt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 13.09.2012 zurückgestellt.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., zeigte sich mit der Beantwortung der Festlegung unzufrieden.

- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, erläuterte und begründete die Entscheidung des Werkausschusses Theater Erfurt die Drucksache zurückzustellen.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, nahm Bezug zu den Aussagen ihres Vorredners und ging nochmals auf die Beantwortung der Festlegung ein. Sie bat um Zustimmung der Drucksache.
- Herr Rudovsky, Fraktion FDP, wies darauf hin, dass seine Fraktion den Vertrag ablehnen wird, da sie der Meinung sind, dass noch immer der Landeshauptstadtvertrag fehlt. Nach Meinung seiner Fraktion sollte im Kulturbereich - besonders im Hinblick auf das Theater - mehr Unterstützung im Bereich der Finanzierung von Seiten des Landes für die Landeshauptstadt erfolgen.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, machte deutlich, dass einige Fragen im letzten Werkausschuss nicht beantwortet werden konnten und bat darum, die Vorlage nochmals im Werkausschuss behandeln zu können.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, machte deutlich, dass diese vorliegende Vereinbarung nicht das gewünschte Ergebnis seiner Fraktion sei. Erfurt als die Landeshauptstadt habe in keiner Weise die Förderung in der Kultur, die sie verdient. Seiner Meinung nach ist der Hauptstadtvertrag nicht in Sicht, aber es sollte für dieses Ziel weiter alles versucht werden. Der Vertrag liegt - leicht gebessert als der vor einem Jahr - nun in dieser Form vor und sollte auch - im Sinne des Theaters - vom Stadtrat so bestätigt werden. Er warb um Zustimmung zu dieser Vereinbarung.
- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, ging nochmals auf die Behandlung der Thematik im Werkausschuss ein. Er hielt diese für unzureichend und sprach sich daher für eine erneute Behandlung der Drucksache im Werkausschuss aus.
- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach welche Nachteile dem Theater entstehen, wenn der Vertrag nicht jetzt sondern erst in vier Wochen beschlossen werden würde.
- Herr Hutt, Fraktion CDU, schloss sich zum Verfahren den Aussagen von Herrn Schwäblein an und inhaltlich bestätigte er die Aussagen von Herrn Dr. Beese. Im Namen seiner Fraktion sprach er sich für die Ablehnung zum vorliegenden Antrag aus.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, ging nochmals auf die Vorberatungen ein und schilderte die Verfahrensweise zu dieser Thematik. Sie machte deutlich, dass der sogenannte Kulturroschen nach Aussage der Landesregierung für Erfurt wahrscheinlich nicht in Frage kommen wird, da wieder ein Berechnungsmechanismus enthalten ist, der abhängig von der Haushaltskraft einer Kommune ist und nach welchem Erfurt aus finanzieller Sicht angeblich aus dem Anspruch heraus fallen würde.
- Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass das Ergebnis - auch trotz das es nicht wie gewünscht ist - nach monatelangen Verhandlungen dennoch vorzeigbar ist und bat um Abstimmung dessen.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schloss sich den Aussagen seines Vorredners an.
- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, brachte erneut seine Unzufriedenheit über den Ablauf des Verfahrens im Ausschuss zum Ausdruck.

Daraufhin rief die Stadtratsvorsitzende zur Versachlichung der Diskussion auf und stellte den Abstimmungsvorschlag vor. Zunächst wird über die beantragte Rücküberweisung von Herrn Schwäblein zur nochmaligen Beratung des Antrages in den Werkausschuss Theater abgestimmt und bei Ablehnung über die Drucksache.

Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, schilderte abschließend seine Ansicht.

Im Anschluss lies die Stadtratsvorsitzende über die Rücküberweisung der Drucksache in den Werkausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	19
Enthaltung:	4

Damit abgelehnt.

Somit lies sie über die Drucksache abstimmen.

Nach der Abstimmung gab Herr Schwäblein folgende Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten ab:

"Ich habe jetzt auch gegen diesen Vertrag gestimmt, weil ich finde, dass der zuständige Ausschuss beteiligt werden muss in einer solch wichtigen Sache. Und ich will noch mal deutlich machen, dass ich keinerlei Kritik an den handelnden Personen dort geäußert habe. Ich habe mich nur über die Antwort der Bürgermeisterin geärgert und das zum Ausdruck gebracht. Und das muss noch möglich sein."

Weiterhin erklärte Herr Prof. Dr. Thumfart sein Abstimmverhalten:

"Ich habe für diesen Antrag gestimmt, weil ich glaube, dass es uns nicht hilft, dass wir uns in den Räumen des Konjunktivs so lange aufhalten. Vielen Dank."

beschlossen Ja 24 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Die "Gemeinsame Vereinbarung zur Finanzierung des Theaters Erfurt für die Jahre 2013 bis 2016" (Anlage 1 der Drucksache) wird beschlossen.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen entsprechenden Vertrag zur Finanzierung des Theaters Erfurt mit dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu unterzeichnen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 7 beigefügt.

9.20.1. Nachfragen zur Drucksache 1407/12 - Prüfung der Anteilsfinanzierung 1826/12

zur Kenntnis genommen

9.22. Jahresrechnung 2011 1454/12
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 15.08.2012 bestätigt hat (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende sogleich über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

01

Die Jahresrechnung 2011 und der Rechenschaftsbericht 2011 werden dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung übergeben.

9.23. Bebauungsplan ANV644 "Albrechtstraße - Bergstraße"; 1521/12
Aufstellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 11.09.2012 bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache 1521/12 zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Für den Bereich innerhalb der Straßen Nordhäuser Straße, Bergstraße, Blumenstraße und Albrechtstraße soll gemäß § 2 Abs.1 Satz 1 BauGB ein Bebauungsplan ANV644 "Albrechtstraße- Bergstraße" aufgestellt werden.

Der Geltungsbereich wird begrenzt:

im Norden: durch den Beginn des öffentlichen Straßenraumes der Nordhäuser Straße
(Erfurt-Nord, Flur 10, Flurstück 186/1)

im Osten: durch den Beginn des öffentlichen Straßenraumes der Bergstraße
(Erfurt-Nord, Flur 10, Flurstück 193/1)
im Süden: durch den Beginn des öffentlichen Straßenraumes der Blumenstraße
(Erfurt-Nord, Flur 10 und 2, Flurstück 196/3 und 134/19)
im Westen: durch den Beginn des öffentlichen Straßenraumes der Albrechtstraße
(Erfurt-Nord, Flur 2 und 10, Flurstück 49/13 und 191/2)
(siehe Anlage 1)

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

Schutz und Entwicklung der bestehenden gründerzeitlichen Blockstruktur in ihrer Nutzung und Raumstruktur durch

- Erhaltung und Sicherung der Wohnnutzung
- Schaffung und Sicherung eines adäquaten Freiraumanteils und Neuordnung der Blockinnenbereiche
- Ausschluss von die Wohnqualität mindernden und störenden Nutzungen im Blockinnenbereich und von wohngebietsunverträglichen offenen Stellplätzen
- Sicherung der Nutzungsmischung mit nicht störenden gewerblichen Nutzungen
- Sicherung der Sanierungsziele der Sanierungssatzung.

02

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

Hinweis

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

9.24. Öffnungszeiten der Museen und Einrichtungen der Kultur- 1540/12
turdirektion ab 01.01.2013
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Kulturausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 13.09.2012 mit Änderungen bestätigt hat (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0)

Mit folgender Ergänzung im Beschlusswortlaut bestätigt:

Beschlusspunkt 02:

Anfang 2014 erfolgt durch die Kulturdirektion eine Auswertung der Besucherzahlen, der in dieser Drucksache bezeichneten Einrichtungen, im Kulturausschuss.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache in Fassung des Kulturausschusses abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Stadtrat beschließt in Ergänzung des Beschlusses zur DS 0408/12 für die Museen und Einrichtungen im Verantwortungsbereich der Kulturdirektion die Öffnungszeiten mit Wirkung ab 01.01.2013 gemäß der Anlage.

02

Anfang 2014 erfolgt durch die Kulturdirektion eine Auswertung der Besucherzahlen, der in dieser Drucksache bezeichneten Einrichtungen, im Kulturausschuss.

Hinweis

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

**9.27. Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. (SSB) 1631/12
zur Übungsleiterförderung 2012 in den Erfurter Sport-
vereinen
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Bildung und Sport die Drucksache in seiner Sitzung 12.09.2012 bestätigt hat (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Im Vorfeld kündigte Frau Pelke ihre Befangenheit an.

Wortmeldungen lagen nicht vor (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache 1631/12 zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

01

Die Förderung der Übungsleiter 2012 in den Erfurter Sportvereinen wird lt. Anlage beschlossen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.

**9.28. Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. zur 1635/12
Kinder- und Jugendförderung 2012 in den Erfurter Sport-
vereinen
Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Bildung und Sport die Drucksache in seiner Sitzung am 12.09.2012 bestätigt hat (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0)

Im Vorfeld kündigte Frau Pelke ihre Befangenheit an.

Wortmeldungen lagen nicht vor (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache 1635/12 zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

01

Der Sportförderantrag des Stadtsportbundes Erfurt e. V. für die Kinder- und Jugendförderung 2012 in den Erfurter Sportvereinen wird laut Anlage beschlossen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 9 beigelegt.

9.29. Mandatswechsel im Ausschuss Bau und Verkehr 1644/12
Einr.: Fraktion FDP

Es wurde bekannt gegeben, dass zu dieser Drucksache keine Vorberatung stattgefunden hat.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Bau und Verkehr wird benannt:

neu: Mike Schuster

bisher: Andrea Budzuhn

9.30. Mehr Demokratie in Kommunen unterstützen 1655/12
Einr.: Fraktion SPD

Es wurde bekannt gegeben, dass eine Stellungnahme des Seniorenbeirates vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zu diesem Tagesordnungspunkt rief die Stadtratsvorsitzende den TOP 9.32 - Direkte Demokratie in Kommunen ausbauen, Ratsbegehren und Alternativvorschlag einführen! (Einr.: Fraktion DIE LINKE.) mit Drucksache 1753/12 auf.

Sie gab bekannt, dass hierzu ebenfalls eine Stellungnahme des Seniorenbeirates vorliegt. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosem Mitglied vor und es liegt ein Antrag der Fraktion Freie Wähler mit Drucksache 1865/12 vor.

Die Stadtratsvorsitzende erklärte hierzu, dass der TOP 9.30 gemeinsam mit dem TOP 9.32 beraten werden soll, aber getrennt abgestimmt wird.

An der Diskussion beteiligten sich:

Herr Möller, Fraktion SPD, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion und ging auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ein. Seitens seiner Fraktion bat er um Zustimmung zu dessen Antrag.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich seitens seiner Fraktion für die Zustimmung beider Anträge aus.

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., bat um Zustimmung des Antrages seiner Fraktion. Er dankte der Verwaltung für die rechtlichen Klarstellungen und wolle die Formulierungen der Verwaltung für den Antrag mit übernehmen.

Herr Schwäblein, Fraktion CDU, schilderte seine Ansicht zu der Problematik und hielt eine tiefgründigere Diskussion für notwendig. Daraufhin beantragte er im Namen seiner Fraktion die Überweisung in den Hauptausschuss für beide Anträge.

Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, sprach sich für die Zustimmung beider Anträge aus. Er erläuterte die Intension des ergänzenden Antrages seiner Fraktion (Drucksache 1865/12), welcher beinhaltet, dass die Ortsteilräte über das Amt für Ortsteile direkt informiert werden sollen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Somit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Punkt 9.30 - Mehr Demokratie in Kommunen unterstützen (Einr.: Fraktion SPD) mit Drucksache 1655/12 zur Abstimmung auf. Der weitestgehende Antrag war die Verweisung in den Hauptausschuss, welcher wie folgt abgestimmt wurde:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	21
Enthaltungen:	3

Damit wurde die Überweisung abgelehnt.

Daraufhin wurde direkt über den Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 1655/12) abgestimmt.

beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich auf Landesebene entsprechend der Forderungen der Initiative „Mehr Demokratie e.V.“, für mehr Bürgerbeteiligung einzusetzen.

Im Anschluss rief sie zur Abstimmung des TOP 9.32 - Direkte Demokratie in Kommunen ausbauen, Ratsbegehren und Alternativvorschlag einführen! (Einr.: Fraktion DIE LINKE.) mit Drucksache 1753/12 auf.

Zunächst wurde ebenfalls über die Rücküberweisung in den Hauptausschuss abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 24
Enthaltungen: 0

Damit wurde auch diese Überweisung abgelehnt.

Daraufhin sollte die Abstimmung des Antrages der Fraktion Freie Wähler (Drucksache 1865/12), welcher die Drucksache 1753/12 ergänzt, erfolgen. Hierzu bestätigte der Einreicher, die Fraktion DIE LINKE., die Ergänzung in den Antrag zu übernehmen. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende sogleich über die Drucksache in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 4

Damit beschlossen.

**9.31. Akteneinsichtsberechtigung Dezernat 01 und Dezernat 1720/12
06
Einr.: Fraktion CDU**

Es wurde bekannt gegeben, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Für das Dezernat 01 ist akteneinsichtsberechtigt

alt: Thomas Pfistner

neu: Michael Panse

Stellvertreter **alt:** Michael Panse

Stellvertreter **neu:** Thomas Pfistner

02

Für das Dezernat 06 ist akteneinsichtsberechtigt

alt: Andreas Huck

neu: Rowald Staufenbiel

- 9.32. **Direkte Demokratie in Kommunen ausbauen, Ratsbegehren und Alternativvorschlag einführen!** 1753/12
 Einr.: Fraktion DIE LINKE.

siehe TOP 9.30

mit Änderungen beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Forderungen des Bündnisses für "Mehr Demokratie in Thüringer zur Einführung des Ratsbegehrens und des Alternativvorschlages" zu unterstützen.

Den Stadtratsmitgliedern wird das im Netz veröffentlichte Formular einschließlich des Aufrufs, zur Verfügung gestellt.

Die Ortsteilbürgermeister und Ortsteilräte werden im Amtsblatt und durch das zuständige Amt für Ortsteile in geeigneter Weise informiert.

- 9.32.1. **Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS 1865/12**
 1753/12 - Direkte Demokratie in Kommunen ausbauen,
 Ratsbegehren und Alternativvorschlag einführen!

bestätigt

- 9.33. **Erneute Öffnung des ehemaligen Jugendhauses "Urne" 1760/12**
 für den Ortsteilverein sowie Prüfung einer generations-
 übergreifenden Nutzung
 Einr.: Fraktion SPD und Fraktion DIE LINKE.

Durch die Stadtratsvorsitzende wurde bekannt gegeben, dass eine Stellungnahme des Seniorenbeirates vorliegt.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Es liegt ein Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und SPD mit DS 1875/12 vor

An der Diskussion beteiligten sich:

- Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des Antrages.
- Herr Möller, Fraktion SPD, sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Weiternutzung des ehemaligen Jugendhauses "Urne" aus und bat um Zustimmung des Antrages.
- Herr Czenterra, Ortsteilbürgermeister Herrenberg, schilderte die derzeitige Situation und sprach sich für die Wiedereröffnung des Jugendhauses "Urne" und der Stadtteilbibliothek aus. Zudem bat er um Zustimmung des Antrages.
- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, fragte den Einreicher, ob die Fristsetzung, welche laut Antrag auf den 01. Oktober 2012 gelegt ist, angemessen ist und überhaupt für die Verwaltung leistbar ist.
- Herr Dr. Duddek ging auf die Nachfrage ein und verwies darauf, dass im aktuellen Änderungsantrag der Termin auf den 31.12.2012 gesetzt wurde.
- Herr Möller, Fraktion SPD, bestätigte ebenfalls den Termin des 31.12.2012 als neue Fristsetzung. Zudem ging er auf die Aussagen des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg ein und wies darauf hin, dass es nicht der Wille sei ein reines Jugendhaus wieder zu eröffnen. Es sei eher als Mehrgenerationenhaus, Bürgerhaus oder "offene Tür" für die Bevölkerung dort gewünscht.
- Herr Metz, Fraktion SPD, wies im Namen seiner Fraktion darauf hin, dass es dort Synergieeffekte mit dem Ortsteil Melchendorf gibt, welche hier mit geprüft werden sollen. Dies sei ihnen als Miteinreicher sehr wichtig.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktionen DIE LINKE. und SPD auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

1. eine Prüfung des Nutzungspotenzials des ehemaligen Jugendhauses „Urne“ insbesondere zur Verwendung als Bürgerhaus mit generationsübergreifenden Merkmalen zu veranlassen.
2. Der Prüfungsauftrag an die Verwaltung entsprechend des Stadtrats-Beschlusses 1363/12 vom 19.07.2012 zur Nachnutzung des Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Erfurt-Melchendorf ist dabei zu berücksichtigen, insbesondere was die Nach-

Wortmeldungen lagen nicht vor. Damit lies die Stadtratsvorsitzende direkt über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Die in der- als Anlage beigefügten- Übersicht, mit den darin enthaltenen fett markierten Änderungen der Stellvertretungsregelung für die SPD Fraktion bezüglich der benannten Ausschüsse, werden beschlossen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 11 beigefügt.

**9.37. Verwaltungsgebühren für Ortsteilveranstaltungen redu- 1775/12
zieren
Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem liegt ein Antrag der Fraktion Freie Wähler mit Drucksache 1866/12 vor.

Es gibt einen Verweisungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Die Stadtratsvorsitzende eröffnete die Beratung.

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., beantragte sogleich die Verweisung beider Anträge in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Daraufhin lies die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Damit bestätigt.

Verwiesen in Ausschuss

- 9.37.1. **Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS 1866/12**
1775/12 - Verwaltungsgebühren für Ortsteilveranstaltungen reduzieren

Verwiesen in Ausschuss

10. **Informationen**

- 10.1. **Abschlussbericht zum Konjunkturprogramm II 0971/12**
Einr.: Oberbürgermeister

Folgende Voten wurden hierzu bekannt gegeben:

Alle Ortsteile und folgende Ausschüsse nahmen die Drucksache zur Kenntnis:

Bau- und Verkehrsausschuss **06.09.2012**

Ausschuss für Bildung und Sport **12.09.2012**

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben **19.09.2012**

Jugendhilfeausschuss **20.09.2012**

zur Kenntnis genommen

- 10.2. **Information zur Satzung zur Erhebung der Kulturförder- 1681/12**
abgabe der Stadt Erfurt nach Bundesverwaltungsge-
richtsentscheidung zu den Satzungen der Städte Bingen
und Trier vom 11.07.2012
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass folgende Ausschüsse die Drucksache bereits zur Kenntnis genommen haben:

Kulturausschuss **13.09.2012**

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen **13.09.2012**

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben **19.09.2012**

zur Kenntnis genommen

10.3. Inhalt und Auswirkungen der Haushaltssperre Ortsteile 1859/12
Einr.: Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 25.09.2012 zur Kenntnis genommen hat.

In Vertretung des Oberbürgermeisters informierte Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften, darüber, dass der Oberbürgermeister nach Rücksprache mit ihr entschieden hat, dass die Sperre aufgehoben wird.

zur Kenntnis genommen

10.4. Sonstige Informationen

Weitere Informationen lagen nicht vor.

Anschließend beendete die Stadtratsvorsitzende die Sitzung.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführerin